
Online Panel Discussion

Scandal-Scattered Bulgaria after Snap Elections on 11 July – Quo Vadis?

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft, online via Zoom, 20. Juli 2021

Bericht von Stephani Streloke, Bonn

Diese Online-Veranstaltung der SOG ist auf YouTube nachzuerfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zqso>

Einführung und politische Hintergründe

Moderatorin Dr. *Johanna Deimel*, unabhängige Analytistin und Mitglied im Präsidium der SOG, begrüßte alle Teilnehmenden und sagte, dass nicht nur die aktuelle politische Situation genug Anlass gebe, sich intensiver mit Bulgarien zu befassen, sondern dass auch grundsätzlich ein Blick auf 30 Jahre nach dem Fall des Kommunismus gerichtet werden solle. Einführend konstatierte Deimel, dass Bulgarien es meistens nur begrenzt in die internationalen Schlagzeilen schafft. Aufgrund der publik gewordenen Skandale sowie anlässlich der zweiten Parlamentswahlen innerhalb weniger Monate hätten große deutsche Zeitungen jedoch detaillierter über das Land berichtet.

Nachdem sich Bojko Borisov und seine konservative GERB Partei (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens / *Graždani za evropejsko razvitije na Bălgarija*), welche seit 2009 fast kontinuierlich an der Macht ist und sich – anders als Viktor Orbán in Ungarn – im pro-europäischen Mainstream bewegt, habe die EU nicht so genau hingeschaut, was in Bulgarien eigentlich passiert. Aufgeführt worden sei das Land, welches seit 2007 Mitglied der EU ist, vor allem dann, wenn sich Skeptiker der EU-Erweiterung zu Wort meldeten. Bulgarien sei ihnen zufolge

ein Negativbeispiel für eine verfrühte EU-Mitgliedschaft und ein Argument dafür, zukünftig keine Länder in die EU aufzunehmen, in denen die Rechtsstaatlichkeit (Rule of law) deutlich unterhalb des EU-Standards liegt.

Es sei richtig, sagte *Deimel*, dass die EU in ihren regelmäßigen Berichten die Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit in Bulgarien bemängelt, aber der Kooperations- und Verifikationsmechanismus, der zur Bekämpfung von Korruption und zur Stärkung des Rule of law seit 2007 seitens der EU eingerichtet worden war, hätte sich als zahnlöser Tiger erwiesen. Als im Jahr 2020 in Bulgarien wochenlang zehntausende Bürger landesweit gegen das ihrer Ansicht nach korrupte Regime Borisovs protestiert hätten und die Absetzung der Regierung und des Generalstaatsanwalts Ivan Geschev forderten, hätten weder die EU noch Deutschland (das im zweiten Halbjahr 2020 den EU-Ratsvorsitz innehatte) auf die Bitten der Protestierenden um Mithilfe und Unterstützung reagiert. Anders die USA: Diese hätten im Juni 2021 Sanktionen gegen drei prominente korrupte Politiker sowie gegen 64 mit ihnen verbundene Unternehmen verhängt.

Bulgarien halte einige traurige Rekorde, sagte *Deimel*. Es sei das ärmste Land in der EU und sei von einem extremen Brain-Drain betroffen: Rund eine Million Bulgar*innen lebten im Ausland. Laut Freedom House gelte Bulgarien 30 Jahre nach der Wende als semi-konsolidierte Demokratie. Das Global Corruption Barometer von Transparency International habe aktuell gezeigt, dass 68 Prozent der Bevölkerung Bulgariens davon ausgingen, dass die Regierung von einer Handvoll Interessensgruppen gesteuert werde. Für 67 Prozent gelten die Parlamentsabgeordneten als korrupt. Selbst bei der Pandemie halte Bulgarien einen Negativrekord, denn hinsichtlich Covid-19 habe Bulgarien die niedrigste Impfquote in Europa. Bulgarien liege laut des jüngsten Berichtes von Reporter ohne Grenzen weltweit auf Platz 112 der Pressefreiheit und bilde damit das Schlusslicht in Europa. Die politische Einflussnahme auf die Medien sei groß. Eine zentrale Rolle spiele der jetzt seitens der USA sanktionierte Medienmogul Delyan Peevski. Über Monate seien zudem Skandale bekannt geworden, die von Goldbarren und großen Euro-Banknoten im Schlafzimmer von Ministerpräsident Bojko Borisov (im Amt bis April 2021) bis hin zu umfangreichen Abhörmaßnahmen während seiner Amtszeit reichten.

Zu den enormen innenpolitischen Schwierigkeiten gesellten sich außenpolitische Herausforderungen, wie *Deimel* weiter ausführte. So habe sich das Land ein massives außenpolitisches Problem aufgebürdet: den bilateralen Konflikt mit dem Nachbarstaat Nordmazedonien. Damit einher gehe die Blockade des Beginns von EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien durch Bulgarien. Als Anrainerstaat des Schwarzen Meeres spiele Bulgarien auch als NATO-Mitglied für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU eine wichtige Rolle. Umso sensibler seien die anhaltenden russischen Einflussnahmen auf Politik, Wirtschaft, Sicherheit und Energiepolitik des Landes.

Unter von Skandalen stark erschwerten Rahmenbedingungen hätten in Bulgarien am vierten April 2021 turnusmäßig Parlamentswahlen stattgefunden, bei denen Bojko Borisovs GERB nur eine knappe Mehrheit gewonnen habe. Sein bisheriger Koalitionspartner, die nationalistische Bulgarische Nationale Bewegung (Balgarska National-

na Dviženije VMRO) habe die Vier-Prozent-Hürde nicht geschafft. Die Bulgarische Sozialistische Partei (Balgarska socialističeska partija BSP) habe zwar große Verluste erlitten, sei aber wie die Bewegung für Rechte und Freiheit (Dviženije za prava i svobodi DPS), die Partei der türkischen Minderheit Bulgariens, wieder in das Parlament gewählt worden. Das Wahlergebnis habe jedoch gezeigt, dass sich eine starke anti-GERB Front herausgebildet hat, die für einen Wandel in Bulgarien eintritt.

Drei neue politische Formationen seien in die Nationalversammlung gewählt worden: Erstens die Partei des Fernsehshowmasters Slavi Trifonov ITN (Es gibt ein solches Volk / Ima takäv narod), zweitens das Wahlbündnis Demokratisches Bulgarien (Demokratična Bălgarija DB), geführt vom ehemaligen Justizminister Christo Ivanov (der DB gehören an: die Demokraten für ein starkes Bulgarien / Demokrati za silna Bălgarija DSB; Ja Bulgarien! / Da Bălgarija! DaB! und die Grüne Bewegung / Zeleno Dviženie ZD) sowie drittens Steh auf! Mafia raus! (Izpravi se! Mutri vān! ISMV). Nach drei gescheiterten Versuchen, eine Regierung zu bilden, habe Präsident Rumen Radev bis zu den nächsten Wahlen am 11. Juli 2021 eine Übergangsregierung unter Stefan Yanev eingesetzt, sagte *Deimel*. Die Interimsregierung habe in wenigen Wochen die Verschwendung von staatlichen Ressourcen, Fälle von Korruption und Klientelismus der Regierung Borisov publik gemacht und spreche von einem „legalisierten Chaos“, welches sie vorgefunden habe.

Daher wundere es nicht, so *Deimel* weiter, dass gerade von den sogenannten Protestparteien erwartet wird, dass sie mit der Korruption aufräumen und eine radikale Justizreform durchführen werden. Auch die Absetzung des Generalstaatsanwalts Geshev gehörte zu einer Kernforderung von deren Wählerschaft. Die Wahlen vom 10. Juli 2021 hätten nur leicht veränderte Ergebnisse im Vergleich zu denen vom April erbracht. Wesentlich allerdings sei dieses Mal, dass Slavi Trifonovs ITN hauchdünn als Sieger hervorgegangen ist. Es müsse davon ausgegangen werden, dass die politische Instabilität andauern wird, denn erneut werde die Regierungsbildung problematisch. Als Fazit ihrer Einführungen hielt Johanna Deimel fest:

Der Wunsch in der Bevölkerung nach Veränderung sei vorhanden. Jüngste Umfragen zeigten, dass über 70 Prozent das Modell GERB ablehnen. Es stelle sich aber die Frage, ob das Modell Trifonov wirklich besser sein könne? Über die mögliche politische Zukunft Bulgariens wolle sie mit den Panellisten sprechen.

An *Daniel Smilov*, Professor für politische Theorie am Institut für politische Wissenschaften der St. Kliment Ohridski Universität Sofia und Programmdirektor am Zentrum für liberale Strategien, ebenfalls in Sofia, richtete *Deimel* folgende Fragen: Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer der Wahl, was wird aus dem Disput mit Nordmazedonien um die EU-Beitrittsverhandlungen, was will Trifonov und was können wir von ihm erwarten, wer steht hinter ihm, und schließlich, ist überhaupt eine mögliche Regierung in Sicht, oder wird es im Herbst 2021 erneut Wahlen geben?

Schwierige Mehrheitsverhältnisse

Smilov sagte, er wolle mit einer positiven Botschaft beginnen: Nicht alles sei schlecht in Bulgarien. Es gebe zwar die geschilderten Probleme, aber auch die gute Nachricht, dass in den vergangenen Monaten eine starke Zivilgesellschaft Proteste im Land gegen die Missregierung organisiert hat. Beide Wahlen, sowohl im April als auch im Juli 2021, zeigten deutlich, dass GERB abgewählt wurde. Zwar habe sie im April die meisten Stimmen erhalten, aber keine der anderen gewählten Parteien hätte mit ihr zusammenarbeiten und eine Regierung bilden wollen, so dass sich GERB mit 26 Prozent Stimmenanteil faktisch in der Opposition befinde. Dieser Effekt sei durch die Wahlen im Juli 2021 noch verstärkt worden: Der Stimmenanteil von GERB sei weiter gesunken, die Partei habe um die 23 Prozent erzielt und bekomme 63 Sitze von insgesamt 240 im bulgarischen Parlament. Trifonovs Partei ITN habe mit rund 24 Prozent und 65 Sitzen nur hauchdünn gegenüber GERB gewinnen können. An dritter Stelle hätten die Sozialisten (BSP) mit 36 Sitzen gelegen, 34 Sitze hätten Demokratisches Bulgarien, 29 die Türkische Minderheitspartei DPS und 13 Sitze die Protestpartei Steh auf! erreicht.

Das Wahlergebnis vom Juli 2021 habe erneut ein stark fragmentiertes Parlament hervorgebracht,

erläuterte *Smilov*, und so werde aufgrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse die Bildung einer starken Regierung nicht einfach werden. Es gebe keine deutlich führende Partei, denn GERB und ITN lägen sehr nahe beieinander. Weil mit der DPS große Korruptionsskandale verbunden würden und jede Zusammenarbeit mit ihr derzeit als toxisch gelte, scheide eine Koalition mit der DPS sowohl für GERB als auch für die Protestparteien aus. Trifonov sei eine sehr charismatische Persönlichkeit, seine Partei ITN sei vom Typ her populistisch und in der politischen Mitte angesiedelt. Sie verstehe sich als pro-europäisch und pro-NATO orientiert. Das Bündnis Demokratisches Bulgarien DB könne als pro-europäisch und liberal beschrieben werden. Es sei attraktiv für die Hauptstadtbevölkerung und für die Menschen in größeren Städten, die häufig über eine höhere Bildung und ein größeres Einkommen verfügten als der Durchschnitt. Die kleinste sogenannte „Protestpartei“, die 2021 die Bühne betreten habe, sei „Steh auf!“. Sie richte sich ebenfalls hauptsächlich an städtische Wähler*innen.

Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) bezeichnete *Smilov* als eine der größten Verliererinnen dieser Wahlen. Seit der Wende hätten sie ihre Stimmenanteile bei den Wahlen immer zu einer der größten Parteien des Landes gemacht. Das habe sich 2021 geändert. Im Juli 2021 habe die BSP nur mehr um die 13 Prozent der Stimmen gewinnen können (im Vergleich: Bei den Wahlen im März 2017 erhielt die BSP 27,2 % der Stimmen, *Anm. d. Verf.*). Als Grund dafür nannte *Smilov*, dass es sich bei der BSP von heute nicht um eine sozialdemokratische Partei im europäischen Sinn handelt. Vielmehr habe die Partei in jüngster Zeit reichlich nationalistische und populistische Tendenzen gezeigt, was sie kurioserweise eher zu einer rechtsgerichteten Partei mache.

Angesichts der Wahlergebnisse zeichnete *Smilov* zwei Möglichkeiten auf: Einerseits könnten sich die neuen Parteien, die sich um die jüngsten Proteste herum formiert haben, zusammenschließen und eine Minderheitsregierung, unterstützt von der BSP, anstreben. Damit könnte die Herrschaft von GERB beendet und eine Alternative zu Borisov angeboten werden. Allerdings scheine dieser Weg schwierig,

weil Trifonov nicht in den Dialog über eine Regierungsbildung mit den beiden anderen neuen Parteien, DB und ISMV, treten, sondern selbst für sich und ohne Mitsprache der anderen Parteien über das Kabinett entscheiden wolle. Ohne den Dialog und ohne zwischenparteiliche Absprachen aber sei die Bildung einer Minderheitsregierung nach Smilovs Erachten nicht möglich. Daher, und dies sei in Demokratien durchaus möglich, könne es im Herbst, zusammen mit den regulären Präsidentschaftswahlen 2021, zum dritten Mal zu Parlamentswahlen kommen – selbst wenn dies, so Smilov abschließend, keine gute Idee wäre.

An *Anna Krasteva*, Professorin am Institut für Politikwissenschaften an der Neuen Bulgarischen Universität in Sofia sowie Gründerin und Direktorin von CERMES (Centre for Refugees, Migration and Ethnic Studies) stellte *Johanna Deimel* die Frage, wie es sein könne, dass die Demokratie in Bulgarien auch drei Jahrzehnte nach dem Fall des Kommunismus noch nicht konsolidiert ist? Sie erbat von Krasteva eine Analyse, was in dieser Zeit passiert sei und warum 30 Jahre Transition nicht zu einer echten Demokratie geführt hätten. Wie sei es zu dieser Volatilität des Parteienspektrums gekommen, was seien die Charakteristika der bulgarischen Parteien, und welches ist Krastevas Meinung nach das zentrale Problem der vergangenen drei Jahrzehnte?

Krasteva begann ihren Vortrag, indem sie sagte: „Wir dachten, wir würden in die Demokratie fliegen, sind dann aber in einer Post-Demokratie gelandet.“ (We dreamed to fly to democracy, but we landed in post-democracy.). Mit dem Ende des Kommunismus habe etwas Neues begonnen, das mit dem Versprechen der Transformation einhergegangen war. Krasteva identifizierte drei Phasen der Transformation in den vergangenen drei Dekaden in Bulgarien: Die demokratische, die nationalistisch-populistische und die post-demokratische. Die Post-Demokratie kennzeichne die letzten zehn Jahre und zeichne sich dadurch aus, dass demokratische Strukturen zwar noch existieren, diese aber zu leeren Hüllen geworden wären.

Korruption als Kernproblem

Korruption, Korruption, Korruption – das sei das Kernproblem der letzten drei Jahrzehnte, so

Krasteva. Die Korruption, die in vielen Ländern ein Problem ist, sei in Bulgarien endemisch geworden und habe sich dann bis hin zu State capture (eine Form der systemischen politischen Korruption, bei der private Interessen die Entscheidungsprozesse eines Staates zu ihrem eigenen Vorteil maßgeblich beeinflussen, *Anm. d. Verf.*) entwickelt. Bulgarien befände sich ihrer Ansicht nach daher im „dritten Stadium“ der Korruption, was ein Merkmal der Post-Demokratie sei, zusammen mit der Einschränkung von Meinungsfreiheit und einem Mangel an Rechtsstaatlichkeit, wie es ebenfalls für Bulgarien zuträfe.

Die bulgarischen Parteien weisen laut Krasteva allesamt Paradoxe auf. So sei die sozialistische BSP, die 1990 aus der kommunistischen Partei hervorgegangen war, die älteste Partei im Land seit der Wende und müsste demnach auch die beständigste sein. Allerdings habe sie sich im Laufe der jüngsten Vergangenheit zu einer rechtsgerichteten Partei mit einem nationalistischen Programm entwickelt. Dies führe zum Paradox, dass das linke Parteienspektrum in Bulgarien keine fundierte politische Vertretung hat und von keiner schlagkräftigen Partei mehr ausgefüllt wird. Dabei gebe es, so Krasteva, links eingestellte Wähler*innen in Bulgarien, welche derzeit – außer bei einigen chancenlosen Kleinstparteien – keine linke politische Heimat finden könnten. Krasteva verwies zudem auf das Paradox, dass – und dies sei ihrer Ansicht nach eine gute Nachricht – sowohl im April als auch bei den Wahlen im Juli 2021 die extrem rechten und nationalistischen Parteien nicht mehr ins Abgeordnetenhaus gewählt worden seien, obwohl insgesamt in Bulgarien der Nationalismus im Mainstream auf dem Vormarsch sei.

Johanna Deimel erinnerte daran, dass in Bulgarien vor einigen Jahren eine sehr hässliche Debatte über die Istanbul-Konvention (das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als auch häuslicher Gewalt, *Anm. d. Verf.*) stattgefunden hat. Mit stark nationalistischen und anti-gender-Tönen habe sich das Land letztlich dagegen entschieden, die Konvention zu ratifizieren und der Gewalt gegen Frauen auch damit den Kampf anzusagen. Das von Krasteva angesprochene State capture und das institutionelle

Vakuum biete vor allem auch externen Akteuren wie Russland eine gute Einflussmöglichkeit auf die politischen Geschicke des Landes. Deimel merkte an, dass es in den letzten Monaten mehrere Vorfälle und Ausweisungen russischer Diplomaten aus Sofia wegen E-Spionage gegeben habe. Bulgaren wiederum seien wegen des Verdachts der Spionage für Russland verhaftet worden. Bulgarien werde innerhalb der NATO und der EU immer wieder als das „Trojanische Pferd Russlands“ bezeichnet.

Dies führe sie zum nächsten Panellisten, *Ruslan Stefanov*. Er ist Programmdirektor des Center for the Study of Democracy, CSD. Als Co-Autor des „Kremlin Playbook 2: The Enablers“ schrieb er über den Einfluss Moskaus in Europa und durch welche Methoden es dort die Finanzsysteme infiltriert. Stefanov betonte, dass Korruption und State capture sehr schwierige Themen sind. In Bulgarien sei die Lage nicht zu schlecht, aber sie sei auch nicht besonders gut. Die Menschen wünschten sich eine revolutionäre Veränderung. 2009 sei Bojko Borisov auch deshalb gewählt worden, weil mit ihm die Hoffnung verbunden worden war, er würde endlich mit der Korruption im Land aufräumen, wie er versprochen hatte. Aber Macht korrumpiere.

Bulgarien hat sich laut *Stefanov* trotz aller Probleme sehr stark entwickelt. Es mag das ärmste Land der EU sein, aber es ist weit vorangekommen bei der Verbesserung des Gesundheitssystems, des Umweltschutzes und in fast allen anderen Sektoren, sagte er. Er gab zu bedenken, dass es schwierig wäre, wenn das bisher Erreichte mit durchschnittlichen EU-Standards verglichen werde. Trotz der positiven Entwicklungen gebe das dann eher einen „Horrorfilm“ ab; es sei also schon noch immer ein weiter Weg zu gehen.

Es sei richtig, dass vor einer Aufgabe immer zurückgeschreckt worden sei: dem Kampf gegen die Korruption. Bereits im Jahr 2010 habe Bulgarien alle Bemühungen dahingehend eingestellt, nachdem die EU keine Sanktionen wegen der Verstöße verhängt habe, wie eigentlich 2007 in dem Kooperations- und Verifikationsmechanismus nach einer Dreijahresfrist als Möglichkeit vorgesehen war. Das bewertete Stefanov als Fehler der EU. Zur weiteren Veranschaulichung

des komplexen Problems führte er an, dass Bulgarien auf Wunsch der USA zum Beispiel ein spezialisiertes Strafgericht einrichten sollte, ebenso eine spezielle Staatsanwaltschaft. Beide seien, wie sich herausstellte, im Zusammenhang mit State capture missbraucht und sofort von bestimmten Interessensgruppen übernommen worden. Das illustriere, wie schwierig eine anti-Korruptionspolitik zu gestalten sei.

Bereits 2016 habe das CSD den Ministerien eine Studie präsentiert, wonach jede/r fünfte Bulgarin/e Opfer von Korruption gewesen sei, führte *Stefanov* aus. Ein Drittel der bulgarischen Firmen könne keine öffentlichen Ausschreibungen gewinnen, weil das Verfahren von Dritten kontrolliert werde. Dies sei besonders im Jahr 2016 endemisch gewesen. Es sei aber nichts dagegen unternommen worden. Auch der Bericht der EU-Kommission von 2021 zur Situation der Rechtsstaatlichkeit in Bulgarien sage nichts Substantielles aus. Die Sanktionen seitens der USA vom Juni 2021 hätten gezeigt, dass die EU im Grunde systemisch korrupte Länder nicht transformieren kann, beziehungsweise bisher dazu zu wenig getan hat.

Stefanov betonte, dass ohne eine Zivilgesellschaft, die Veränderungen möchte, und ohne einen externen Partner, der den politischen Reformkräften hilft, Länder wie Bulgarien in größere Schwierigkeiten geraten können. Die Zivilgesellschaft sei in der Vor-Beitrittszeit zur EU und etwa 2014 sehr aktiv gewesen, allerdings habe der Druck von außen zum Teil gefehlt. Bulgarien sei mehr oder weniger auf seine eigenen Kräfte zurückgeworfen worden. Es seien eine Menge Mittel aus der EU geflossen, aber niemand habe kontrolliert, wie diese ausgegeben wurden. Die Konzentration der Ressourcen auf einige wenige habe kein angemessenes Monitoring erfahren. Ohne eine Kontrolle über die Vergabe dieser Gelder seien immer mehr Institutionen „gekapert“ worden. Gleichzeitig aber habe sich die Zivilgesellschaft stark entwickelt, der privatwirtschaftliche Sektor ebenso, und es habe sich immer klarer gezeigt, dass ein Ausweg aus der korrupten Situation gefordert wird.

Was also kann man tun? Bulgarien stelle durch das Auf und Ab der anti-Korruptionsmaßnah-

men einen extrem verwundbaren Teil Europas dar, sagte *Stefanov*. Eine besonders für die EU-Sicherheitspolitik problematische Schwachstelle sei, dass die größte russische Firma auf bulgarischem Boden steht und zwei der korruptionsträchtigsten russischen Projekte, Turkstream und Southstream, mit staatlichen Geldern unterstützt würden. Abschließend machte *Stefanov* deutlich, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU essenziell sei. Bulgarien brauche die Unterstützung von außen, um die gegenwärtige Lage zu überwinden. Ein Kernproblem sei die enorme Macht des Generalstaatsanwalts – gegenwärtig die einflussreichste Position im Land – die eingeschränkt werden müsse. Denn es gebe keine Politiker, keine Unternehmen, die genau diesen Generalstaatsanwalt mit seiner derzeitigen enormen Machtposition für sich einnehmen wollten.

Bulgariens Position in der EU

Johanna Deimel sagte, man müsse diskutieren, warum die Zivilgesellschaft, obwohl sie so erstarkt ist, es nicht geschafft habe, dass aus Bulgarien eine vollwertige Demokratie mit einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit geworden sei. Die nächste Panellistin wolle sie zur Rolle der EU fragen: Warum sei der Beitrittsprozess so negativ verlaufen, dass er bis heute auf die Erweiterungs politik der EU fortwirkt? Und, dies bereite ihr die größten Sorgen: Bulgarien habe verhindert, dass Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien aufgenommen werden. Dies habe die EU in eine Glaubwürdigkeitskrise katapultiert. Gibt es einen Ausweg?

Vessela Tcherneva, Vize-Direktorin des European Council on Foreign Relations und Leiterin von dessen Büro in Sofia, stimmte der Einschätzung zu, dass Bulgarien viel zu oft unter dem Radar der internationalen Aufmerksamkeit liegt. Zu Beginn ihrer Ausführungen bezog sie sich auf den jüngsten Bericht der EU-Kommission zur Rechtsstaatlichkeit. Darin sei der Fokus auf Ungarn und Polen gerichtet, ebenso auf Slowenien und Malta. Bulgarien werde darin nicht sehr prominent behandelt. Sie erkläre sich das dadurch, dass der strukturelle Schaden, den die polnische EU-Mitgliedschaft in der EU insgesamt angerichtet habe, groß sei. Denn sollte Warschau nicht akzeptieren, dass das europä-

ische Recht über dem nationalen polnischen Recht steht, werde die EU auf ein großes Problem zusteuern.

Ebenso problematische Auswirkungen auf die EU-Wertebasis hätten die Einschränkungen der Medienfreiheit durch den ungarischen Präsidenten Viktor Orbán und die neuen ungarischen LGBTQ+ Gesetze. Zwar habe auch Bulgarien – wie die meisten ost- und mitteleuropäischen Länder – gegen die Istanbul-Konvention gestimmt, aber zumindest gebe es auf dem Papier keine diskriminierenden Gesetze, und das sei in Ungarn leider anders. *Tcherneva* betonte, sie sage dies nicht, um Bulgariens Versagen klein zu reden, sondern um die Hintergründe dafür zu beleuchten, warum die EU nicht auf die demokratischen Defizite in Bulgarien reagiert habe. Die Europäische Volkspartei EVP habe ein weit größeres Problem mit der ungarischen Fidesz gehabt als mit den bulgarischen Entwicklungen und GERB. Niemand in der EVP habe jedoch Interesse daran gehabt, neben Fidesz noch ein weiteres Konfliktfeld aufzutun.

Bezogen auf Bojko Borisov sagte *Tcherneva*, das Motto „He’s a son of a bitch, but he is *our* son of a bitch“ hätte nicht ausgereicht, um ihn und seine Partei an der Macht zu halten. Dies hätten die Straßenproteste der vergangenen Monate deutlich gezeigt. Borisov sei mit einer Reformagenda an die Macht gekommen, aber mindestens in den letzten vier bis sechs Jahren sei dieses Programm immer weiter degeneriert. Wenn die EVP damals interveniert hätte, hätte eventuell der Kurs des Landes noch geändert werden können, konstatierte *Tcherneva*.

Weitaus folgenreicher als formale Dinge wie der EU-Bericht zur Rechtsstaatlichkeit sei der Verlust von Vertrauen. Etwa von westeuropäischen Staaten – „dem alten Europa“, um ein Stereotyp zu bedienen, so *Tcherneva* – gegenüber mitteleuropäischen Mitgliedstaaten oder auch von nationalen Regierungen gegenüber europäischen Institutionen, wodurch deren Spielraum eingeschränkt werde. Daher zeigte sich *Tcherneva* skeptisch, ob der neue EU-Bericht zur Rechtsstaatlichkeit auch weiter erstellt werde. Denn solange der Europäische Rat das Sagen habe, könne die EU-Kommission in ihrem Bericht nur benennen, beschämen und beschuldigen.

gen. Es müsse ein Ausweg aus diesem Dilemma gesucht werden, etwa durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat, durch eine Verbindung zwischen Rechtsstaatlichkeit und der Vergabe von EU-Mitteln oder durch die Europäische Staatsanwaltschaft.

Im Weiteren ging *Tcherneva* auf die Korruption in Bulgarien und die US-Sanktionen ein. Diese seien auf der Basis von zivilgesellschaftlicher investigativer Zuarbeit erfolgt. Die Sanktionen hätten keine anti-amerikanische Stimmung im Land erzeugt, aber das Scheitern bestimmter Institutionen und der EU verdeutlicht. Sie habe einen Amerikaner und Co-Autor des Magnitsky Acts gefragt, warum diese Sanktionsentscheidung in Bulgarien getroffen worden sei und nicht beispielsweise in Kolumbien oder in Bosnien und Herzegowina. Die Antwort sei gewesen: „Wir mussten sicher sein, dass der betroffene Staat das aushalten kann und nicht implodiert“. *Tcherneva* zeigte sich überzeugt, dass der wahre Lackmestest für die EU in der intendierten Verknüpfung von EU-Geldern und Rule of law liege. Sie hoffe, dass es nur noch eine Frage von Monaten bis zur Implementation dieser Regelung sei.

Fehlendes Vertrauen in die EU-Erweiterungspolitik

Der dritte Punkt ihrer Ausführungen betraf das fehlende Vertrauen in die Erweiterungspolitik der EU. Dies breite sich aus, sagte *Tcherneva*, wobei es für Bulgarien eine neuere Erscheinung darstelle. Es gebe eine generelle Erweiterungsmüdigkeit innerhalb der EU. In der Region Westbalkan sei dies ebenfalls zu spüren, denn dort hätten die politischen Führungen das Gefühl, von der EU nicht gewollt zu werden. Also komme es zu der von Sigmund Freud so genannten „Eitelkeit der kleinen Unterschiede“. Denn die Völker auf dem Balkan, die eine Menge an Geschichte teilten, hätten den Eindruck, dass es profitabler sei, sich auf ihre Unterschiede zu berufen, als mit Reformen auf eine EU-Mitgliedschaft hinzuarbeiten, die sie zunehmend als unwahrscheinlich ansehen.

Was aber den Konflikt mit Nordmazedonien betrifft, so zeigte sich *Tcherneva* überzeugt davon, dass Bulgarien bis Ende 2021 einen Weg finden wird, sein Veto gegen die Beitrittsverhandlungen

gen aufzuheben. Dazu brauche es noch einige symbolische Schritte seitens Skopjes, einer davon werde die Verwendung des Kurznamens sein, ein anderer die Zusicherung des Status der Minderheiten gemäß dem bilateralen Abkommen über Freundschaft und gute Nachbarschaft zwischen den beiden Ländern. Darüber hätten sich die beiden Premierminister im Juni 2021 schon geeinigt. Im Grunde warte Skopje ab, bis eine neue Regierung in Sofia gebildet worden sei. *Tcherneva* betonte, dass – auch wenn dies für Außenstehende anders wahrgenommen würde – dieser Disput für die Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Wichtig wären weitere mögliche Konsequenzen für die EU: Denn selbst wenn es bis Dezember 2021 zu einer Einigung kommen sollte, bliebe noch die Frage, wie zukünftig mit potenziellen weiteren bilateralen Differenzen verfahren werden sollte? Was mache die EU bei einer möglichen kroatischen Intervention gegen Bosnien und Herzegowina? Wie solle mit dem Kosovo-Serbien-Dialog verfahren werden?

Abschließend verwies *Tcherneva* auf die geopolitischen Risiken, die mit der zunehmenden Glaubwürdigkeitskrise und der Erweiterungsmüdigkeit einhergehen könnten. Für Bulgarien sei die EU-Mitgliedschaft in dieser Hinsicht sehr entscheidend gewesen. In Serbien zum Beispiel würden nach einer aktuellen vom ECFR durchgeführten Umfrage 54 Prozent der Bevölkerung Russland als Verbündeten sehen. Immerhin noch 41 Prozent erachteten Russland als notwendigen Partner. Beides zusammen ergebe 95 Prozent, die Russland positiv sähen. In Bulgarien wären es etwa 70 Prozent. Jede/r zweite in Serbien sehe China als Verbündeten, und 44 Prozent als notwendigen Partner – wieder ergebe dies über 90 Prozent positive Einschätzung. *Tcherneva* beendete ihre Ausführungen mit einem für sie wichtigen Punkt: Bulgarien habe eine Menge Probleme, aber auch großes Verbesserungspotenzial, und sie hoffe, dass, wenn die EU, die USA und die bulgarische Zivilgesellschaft zusammen aktiv würden, dies zu einer Veränderung im System führen wird, die das Land dringend braucht.

Fragen aus dem Publikum

Dr. *Christian Hagemann*, stellvertretender Geschäftsführer der SOG, präsentierte Fragen, wel-

che die Teilnehmenden im Verlauf der Veranstaltung schriftlich stellen konnten. Die Diskussion im Hintergrund sei sehr lebhaft gewesen, sagte er.

Zur Frage, ob die derzeitige, sehr populäre Übergangsregierung nicht einfach weiter an der Macht bleiben könnte und ob dies legal wäre, sagte *Daniel Smilov*: Wenn es eine dritte Wahlrunde geben werde, wenn die Wahlen vom 11. Juli 2021 also wieder nicht zu einer Regierungsbildung führen sollten, stünden die Chancen gut, dass die derzeitige Interimsregierung bis zu erneuten Wahlen weiter im Amt bleibt. Er betonte, dass die vom Staatspräsidenten eingesetzte Übergangsregierung nur so lange amtierend kann, solange es kein gewähltes Parlament gibt. Mehr als zwei oder drei Monate länger, so bestimmt es auch die bulgarische Verfassung, könne diese Regierung also nicht im Amt bleiben, ohne dass sie gegebenenfalls durch das Parlament bestätigt würde.

Ein anderer Fragenkomplex betraf die Parteienlandschaft in Bulgarien. Zum ersten Mal, so *Smilov*, seien auch die Grünen in die Nationalversammlung (in der Koalition DB) gewählt worden. Die DB habe im Juli fast 13 Prozent der Stimmen erhalten und sie könnte durchaus Teil der Regierungskoalition werden. Zum kläglichen Abschneiden der BSP sagte *Smilov*, dies sei nicht auf die Enttäuschung mit der kommunistischen Vergangenheit oder etwas in dieser Art zurückzuführen. Weshalb die BSP so sehr an Wählergunst verloren habe, liege seines Erachtens hauptsächlich an der gegenwärtigen Führung mit *Kornelia Ninova*. Es sei die Unzufriedenheit mit der Führungsriege in der Partei, welche die Parteipolitik in eine falsche Richtung führe. Die Partei sei nationalistisch geworden, sie sei homophob, und sie sende zwiespältige Botschaften zum Thema Europa. Offiziell sei die Parteiführung pro-europäisch, aber es gebe auch einige Abgeordnete in ihren Reihen, die stark pro-russisch eingestellt seien. Durch diese Art der Parteipolitik habe die BSP sich den jungen Leuten und denjenigen, die sich in der Mitte der Gesellschaft befinden, entfremdet. Die meisten jungen Menschen seien zu *Trifonovs* Partei übergelaufen.

Abschließend betonte *Smilov*, dass 112 von 240 Sitzen im Parlament an Parteien gegangen sei-

en, die bisher dort noch nicht vertreten gewesen waren. Es gebe also eine sehr hohe Volatilität und Fragmentierung des Parteienspektrums, und es habe ein bedeutender Wechsel in der politischen Repräsentation stattgefunden. Dies sei schwierig bei der Kabinettsbildung, aber gut für das Vorhaben, *State capture* loszuwerden: Wenn man viele politische Gruppierungen habe, habe man mehr Möglichkeiten zur Machtverteilung und könne sich von einem stagnierenden Modell lösen. Dadurch unterscheide sich Bulgarien deutlich von Polen, wo die PIS und die Opposition in einem ewigen Machtkampf gefangen seien oder von Ungarn, wo die Fidesz-Partei alles dominiere und nicht abgelöst werden könne, sagte *Smilov*. In Bulgarien sei GERB abgewählt worden, das Parlament sei relativ flexibel und spiegele die Bedürfnisse der Wähler*innen wider. *Johanna Deimel* ergänzte zu diesem Thema, dass GERB dennoch weiterhin stark in der Bevölkerung verankert sei; rund 90 Prozent der kommunalen Vertretungen seien derzeit mehrheitlich von GERB besetzt.

Rolle der türkischen Minderheitenpartei DPS

Moderatorin *Johanna Deimel* sagte, es sei wichtig, auch auf die türkische Minderheit in Bulgarien zu schauen, denn die DPS sei sehr beständig: Warum könne diese Partei sich über Jahrzehnte auf eine stabile Wählerschaft verlassen, und wie ist es um die bulgarisch-türkischen Beziehungen bestellt? *Bojko Borisov* sei kurz vor der jüngsten Wahl vom türkischen Staatspräsidenten *Erdoğan* empfangen worden, der bereits versucht habe, seine eigene türkische Partei in Bulgarien zu etablieren. *Vessela Tcherneva* bestätigte, dass die Frage nach *Erdoğan* wichtig ist: Warum sei *Borisov* zu ihm gefahren? Weil *Erdoğan*, so erklärte sie, seinen Einfluss in der türkischen Partei DPS neu installiert habe, und jede Vereinbarung, die *Borisov* vor der politischen Isolation bewahre, nur über die DPS machbar sein werde.

Daniel Smilov sagte, dass die DPS ein sehr wichtiger Teil der bulgarischen politischen Landschaft ist. Sie mache ihren Job als Vertreterin der türkischen Minderheit gut, aber leider habe sie in den vergangenen zehn Jahren auch eine große Rolle bei *State capture* gespielt. Sie sei Teil des korrupten Systems, welches das Land regiert. Die DPS sei janusköpfig. Einerseits

diene sie einem guten Zweck als Minderheitenvertreterin, andererseits sei sie hochproblematisch durch ihre Beteiligung an korrupten Methoden. Smilov hielt es für das Beste, wenn die Partei eine Weile in der Opposition bliebe.

Warum ist die türkische Minderheitenpartei DPS so stabil? Darauf antwortete *Anna Krasteva*, dass das politische Gewicht dieser Partei größer sei als ihr Anteil unter den Wählerstimmen. Sie stelle ein strukturelles Element der bulgarischen politischen Szene dar, manchmal einflussreicher als die beiden größten Parteien. Schon zu Beginn der Transformation sei die DPS dagewesen und habe das bulgarische „ethnische Modell“ abgegeben. Nicht zuletzt durch die DPS gelte Bulgarien als ein vorbildliches Land, welches die Transformation ohne ethnische Konflikte durchlaufen habe. Die Partei habe kein ideologisches oder anti-kommunistisches, sondern ein ethnisches Prinzip in die Parteienlandschaft eingeführt und spiele von Anbeginn an eine wichtige Rolle. Bei allen ideologischen Unterschieden hätten die Sozialisten und Demokraten immer dann gemeinsame Entscheidungen getroffen, wenn es um die türkische Minderheit des Landes gegangen sei.

Im polarisierten politischen Umfeld habe die DPS in den vergangenen 30 Jahren die Rolle der entscheidenden dritten Partei gespielt und diese Position für sich zu nutzen gewusst, sagte *Krasteva*. Ob sichtbar oder unsichtbar: Sie waren immer nahe der Machthabenden, die durchaus auch von der DPS hätten abhängig sein können. So sei die DPS zwar nicht Teil der Regierungskoalition gewesen, hätte aber GERB trotzdem und vermutlich sogar öfter als der Koalitionspartner VMRO unterstützt. Ihr gutes Abschneiden erkläre sich auch dadurch, dass die Partei in die Jugend investiert hat: Die Jugendorganisation der DPS sei die größte liberale Jugendorganisation in Europa. Sie biete privilegierten Zugang zu EU-Fonds und Jobs in der Verwaltung für die türkischen Mitbürger*innen. Zentral für das stabile Abschneiden seien zudem die nationalistischen Parteien und vice versa: Beide Seiten stärkten sich gegenseitig. Schließlich seien auch die Netzwerke der ehemaligen kommunistischen und der heutigen bulgarischen Geheimdienste sehr eng mit der Partei verbunden.

Zu den Geheimdiensten ergänzte *Ruslan Stefanov*, dass die früheren geheimdienstlichen Beziehungen zwischen Russland und Bulgarien heute in den Netzwerken von Unternehmen fortgeführt werden. Der letzte Chef der politischen Polizei unter dem kommunistischen Regime sei heute der Herausgeber von „Russia Today“ and „China Today“. Beide teilten sich das Gebäude mit der Sozialistischen Partei BSP. Das spreche für sich. Es sei dasselbe KGB-Modell, das heute moderne Geheimdienste nutzen.

Stefanov warnte davor, diese Netzwerke insgesamt wie auch in ihrer politischen Rolle zu unterschätzen. Es gebe eine Art „communicative capture“ in den Medien. Hierfür gebe es auch finanzielle Gründe: Eine Zeitlang sei Zypern der größte Investor im Land gewesen, und auch dieses Geld sei bekanntlich ursprünglich aus Russland geflossen. Alle ehemaligen bulgarischen Finanzminister hätten laut *Stefanov* auf der russischen Gehaltsliste gestanden und wären Teil russischer Unternehmen. So etwas gebe es in ganz Europa. Diese Netzwerke seien nur unzureichend erforscht. Europa habe hier eigene Risiken und scheue sich anscheinend vor einer näheren Untersuchung und davor, eine gemeinsame europäische Agentur gegen Geldwäsche einzurichten.

Zur Frage nach dem Konflikt mit Nordmazedonien und ob die gerade amtierende slowenische EU-Präsidentschaft einen Durchbruch bringen könne, sagte *Vessela Tcherneva*: Zuerst brauche Bulgarien ein neues Parlament, um eine Entscheidung treffen zu können. Dennoch sehe sie, dass die Politik in Bewegung geraten sei, weg von der Sturheit der letztjährigen Position. Dies sei den diplomatischen Kreisen des Außenministeriums zu entnehmen. Man hätte eingesehen, dass die bisherige Position eine politische Sackgasse darstellt. Der Schlüssel für die Beilegung des Konfliktes sei die Implementierung des Freundschaftsabkommens. „Wir auf dem Balkan lieben es, schöne Übereinkommen zu unterzeichnen und sie dann nicht in die Tat umzusetzen“, sagte *Tcherneva*. Dies sei ein sehr verbreitetes Übel. Der nordmazedonische Premier Zoran Zaev und Bojko Borisov schienen sich in jüngster Zeit weiter anzunähern. Jedenfalls habe es entsprechende Treffen gegeben.

Johanna Deimel bedankte sich bei den Podiumsgästen und den Teilnehmenden mit dem Fazit, dass das Fragezeichen hinter „Quo vadis Bulgaria“ auch weiterhin seine Berechtigung

hat, weil immer noch nicht klar sei, welchen Weg Bulgarien in den nächsten Monaten einschlagen werde.

Studienreise der SOG 2021

Auf den Spuren der Argonauten – Von Istanbul über die Schwarzmeerküste ins anatolische Kars

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft, 03.–12. September 2021

Bericht von Stephani Strelake, Bonn

Der Sage nach landete Jonas mit den Argonauten an der Schwarzmeerküste, nachdem er vom machthungrigen Pelias, König von Thessalien, die Aufgabe bekommen hatte, das Goldene Vlies zu stehlen. Viele Gefahren mussten er und seine 50 mitreisenden Helden, darunter der Sage nach auch Herakles, bestehen. Sie fuhren auf der Argo, einem eigens für diese Expedition gebauten Schiff, daher „Argonauten“. Die Reise entlang der Schwarzmeerküste endete vor der Region Kolchis im heutigen Georgien. Die Studienreise der SOG sollte ebenfalls in Georgien enden, in der Glitzermetropole Batumi. Doch auch in der Neuzeit drohen unüberwindbare Gefahren, 2021 in Gestalt von Covid-19. Und so blieb die türkisch-georgische Grenze für Reisende geschlossen, das Land des Goldenen Vlieses unerreichbar, und die Reise der SOG sollte im nordost-anatolischen Kars ihren Abschluss finden. Unsicher jedoch war bis kurz vor dem Abreisetermin, ob die Reisenden sich überhaupt auf den Weg machen durften. Denn die Türkei war zum Hochrisikogebiet erklärt worden, und erst eine Nachfrage beim Auswärtigen Amt gab für die Leitung der Reise, Dr. Martin Weiss und Dr. Hansjörg Brey, den Ausschlag für die Entscheidung, die Reise stattfinden zu lassen. Dies strapazierte die Nerven der Organisator*innen und der Reisenden, doch schließlich fand man sich am 03. September 2021 um 17:00 Uhr in Istanbul zusammen, im Foyer des geschichtsträchtigen Hotels Pera Palace.

Bereits das Hotel entschädigte für die Tage der Ungewissheit im Vorfeld der Reise. Erbaut 1892 für Reisende, die mit dem luxuriösen Orient-

Express in der Stadt ankamen, strahlt es auch heute noch verschwenderischen Luxus und große Gastfreundschaft aus. Dunkle, reich verzierte Möbel in den Zimmern, samtige Vorhänge und glitzernde Kristall-Leuchten erinnern an die Zeit, als sich nur Wohlhabende eine Reise in den Orient leisten konnten. Sie erwarteten Komfort in einer Weise, die das damalige Konstantinopel den Reisenden nicht bieten konnte, und so baute man extra für die westlichen Gäste, die mit dem Orient-Express anreisten, ein Hotel im Stadtteil Pera, daher der Name Pera Palace. Auch Agatha Christie stieg im Pera Palace ab und hat hier ihren weltberühmten Krimi „Mord im Orient-Express“ geschrieben. Das Hotel hatte damals als einziges Haus neben dem Sultanspalast Strom, deshalb auch den einzigen Aufzug in der Stadt, der noch heute erhalten, aber nicht mehr in Betrieb ist. Die Aussicht aus den besten Zimmern geht hinaus auf das Goldene Horn. Wer aber Pech hat, genießt den Lärm einer vierspurigen Schnellstraße, die sich durch die Stadt zieht. Der kulturell und auch sprachlich große Einfluss, welchen der Westen, vor allem Frankreich, um die vorletzte Jahrhundertwende in der Türkei hatte, ist bis heute im ganzen Land sichtbar. So heißen die Metzgereien „Şarküterija“ (charcuterie), der Friseur heißt „Kuaför“ (coiffeur), das Auto „Oto“, das Museum „Müze“ (musée) und der Polizist „Jandarm“ (gendarm).

Erster Programmpunkt der Studienreise war traditionell ein Briefing bei der deutschen Landesvertretung vor Ort; es fand im Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland statt. Auch